

deutendster Fall. Am 26. Februar 2011 übertrug der Uno-Sicherheitsrat ihm die Aufgabe, in Libyen wegen Kriegsverbrechen zu ermitteln.

Die Aussicht, an Zeugen und Beweismaterial zu kommen, würde nie größer sein als in diesen Tagen nach dem Ausbruch des Konflikts. Doch Ocampo interessierte sich auch diesmal nicht sonderlich für die Details. Wie schon anderswo, ließ er die Chance verstreichen, vor Ort zu ermitteln.

Aus den internen Dokumenten geht hervor, dass einer seiner Ermittler dafür warb, nach Libyen zu reisen. „Es ist notwendig, am Tatort zu ermitteln, um forensische und dokumentarische Beweise zu sammeln“, sagte der Mann in einer internen Runde am 8. März. Doch Ocampo war dagegen. „Wir sollten uns darauf konzentrieren, was andere für uns produzieren können“, erklärte er. Andere, damit meinte er Journalisten und Überläufer.

Ocampo waren die großen Auftritte auf der Weltbühne wichtiger als die forensische Kleinarbeit, das mühsame Sammeln und Sichten von Beweismaterial.

Und er war, das zeigen die Dokumente, auch nicht unparteiisch, obwohl er heute noch sagt, die Ermittler „sollten sich nicht um politische Fragen kümmern“, das sei „Aufgabe der Politiker“. Doch im Fall von Libyen hielt er sich nicht an diese Regel.

Kurz nachdem Frankreich, Großbritannien, die USA und andere Länder mit ihren Luftangriffen auf das Regime von Muammar al-Gaddafi begonnen hatten, telefonierte Ocampo am 6. April mit dem Kabinettschef des französischen Außenministers

und informierte ihn über die laufenden Ermittlungen, wie aus einer vertraulichen Botschaftsdepesche hervorgeht. Ocampo verriet, dass er „gegen Gaddafi, einen oder zwei Söhne sowie drei oder vier libysche Würdenträger“ vorgehen wolle. Es sind Informationen, die das Gericht mit niemandem teilen sollte, erst recht nicht mit einer Konfliktpartei. Schnell sickerten die Namen der Beschuldigten in den Medien durch, sie waren gewarnt.

In der Depesche schrieben die Franzosen einen für Ocampo fatalen Satz: „Der Chefankläger versteht sich nicht als unabhängiger Staatsanwalt, sondern als ein juristisches Organ, das den Anweisungen des Sicherheitsrats Folge leistet.“

Zurück in London. Je länger das Gespräch dauert, je kritischer die Fragen werden, desto unruhiger wird Ocampo, er knetet jetzt auf dem Papieruntersetzer seines Wasserglases herum. Er bestreitet, mit Franzosen und Engländern darüber gesprochen zu haben, wen er verfolgen werde und wen nicht. Das sei „absolut eine Lüge“.

Doch die Dokumente sind eindeutig: In einem Brief vom 6. April 2011 an den britischen Botschafter in Den Haag schrieb Ocampo, er sehe Gaddafis letzten Außenminister Mussa Kussa „eher als einen kooperierenden Zeugen denn als einen Verdächtigen“. Aus Ocampos Schriftverkehr

geht hervor, dass er mit den Franzosen und Briten Absprachen traf und sich als Teil der Anti-Gaddafi-Koalition gerierte. Er machte einen Fehler, der für einen Juristen schwerwiegend ist: Er trennte nicht zwischen Politik und Recht.

Schnell lieferte er die gewünschten Ergebnisse: Am 16. Mai, drei Monate nach Beginn der Ermittlungen, beantragte er Haftbefehle gegen Gaddafi, dessen Sohn Saif al-Islam und Geheimdienstchef Abdullah Sanussi. Keiner dieser Haftbefehle kam zur Anwendung, Gaddafi wurde getötet, sein Sohn von einer Miliz gefangen gehalten, Sanussi floh nach Mauretanien. Umsonst waren die Haftbefehle trotzdem nicht gewesen: Sie trugen dazu bei, das Eingreifen des Westens in Libyen zu rechtfertigen.

Im November 2011 reiste Ocampo nach Libyen, er fuhr mit seinem Konvoi an Ruinen vorbei, der Himmel war tiefblau, und vor dem Hotel erwarteten ihn die Reporter von BBC und CNN, sie hielten ihm ihre Mikrofone hin. Ocampo wirkte wie ein Befreier, als derjenige, der Libyen vor Schlimmerem bewahrt hatte. In Wahrheit sollte das Morden jedoch erst beginnen.

Im Sommer 2012 war Ocampos Amtszeit zu Ende. Bei seiner Abschiedsgala fand Angelina Jolie in einer Videobotschaft schmeichelhafte Worte: „Chefermittler Ocampo hat ungeheuren Fortschritt bei der Förderung der internationalen Gerechtigkeit erzielt. Ich habe ihn mehrmals in Den Haag besucht. Den Menschen, die keine Stimme haben, hat er eine Stimme gegeben.“

Nüchtern betrachtet war seine Bilanz keineswegs so glorreich. 30 Haftbefehle,



**360°-Bild: Im Internationalen Strafgerichtshof**

spiegel.de/sp402017ocampo oder in der App DER SPIEGEL

## „Mehr Millionen machen“

**Geld** Luis Moreno Ocampo unterhielt Briefkastenfirmen in karibischen Steueroasen. Wozu dienten sie?

**A**m 15. August 2012 lag der letzte Arbeitstag des Chefanklägers erst zwei Monate zurück, da gingen 50 000 Dollar auf seinem Konto bei der niederländischen Bank Abn Amro ein. Das Geld kam von einem Account in der Schweiz. Der Absender war eine Firma namens Tain Bay Corporation – und die saß rund 9000 Kilometer weiter südwestlich: in Panama.

In den folgenden Monaten floss weiteres Geld. In mehreren Tranchen wanderten 140 000 Dollar auf das Konto in den Niederlanden. Immer aus Panama, immer über die Schweiz.

Laut dem Handelsregister von Panama fungierte die Firma Furman Management als Präsident von Tain Bay. Aus Unterlagen, die der Enthüllungsplattform Mediapart zugespielt wurden und die der SPIEGEL und das europäische Recherchenetzwerk EIC auswerten konnten, geht hervor, wer wirklich hinter Tain Bay Corporation stand: Luis Moreno Ocampo und seine Ehefrau. Offenbar hatte er nach Amtsende das Bedürfnis, sein Vermögen diskret umzuschichten.

Tain Bay war nicht die einzige Briefkastenfirma von Ocampo. Die Unterlagen zeigen, dass er auch an einer Firma auf den Britischen Jungferninseln betei-

ligt war. Seine Frau stand offenbar zudem hinter Lucia Enterprises in Belize. Zuletzt besaß Ocampo die Firma Transparent Markets in Uruguay.

Den Dokumenten zufolge legte Ocampo Wert darauf, dass seine Offshorefirmen geheim blieben. Warum? Und woher stammte das Geld auf den Konten der Firmen?

Panama, Belize oder die Jungferninseln sind ideale Orte, um Geldflüsse zu verdunkeln und Steuern zu hinterziehen. Ocampo dürfte das selbst am besten wissen. Er war schließlich einst Präsident von Transparency International für Lateinamerika und die Karibik; die Organisation bekämpft von jeher die Heimlichtuerei von Steueroasen.

Umso überraschender mutet es an, dass ausgerechnet jemand wie Ocampo in seiner Amtszeit mit Briefkastenfirmen hantierte. Den Unterlagen zufolge stiegen der Chefankläger und seine Frau bei der Briefkastenfirma Yemana Trading ein, die auf den Jungferninseln re-



ROBERT VOS / PICTURE ALLIANCE / DPA

**Geschäftspartner Tatanaki 2013, Ocampo in Den Haag 2011:** „Wir mussten Libyen retten“

aber nur ein einziges Urteil. Und die Libyen-Intervention, die Ocampo unterstützt hatte, würde das Land aufspalten und in eine Warlord-Republik verwandeln. Vielleicht kann man ihm nicht vorwerfen, dass er sich damals getäuscht hat, er war nicht der Einzige. Aber er hat den Gerichtshof mit seinem Aktivismus zum Spielball politischer Interessen gemacht.

Ocampo schien daran wenig Gedanken zu verschwenden, er schaute jetzt nach vorn, in eine Zukunft, in der er sich seine Kontakte vergolden lassen wollte. Von nun an beriet er die Weltbank und wollte als Anwalt der New Yorker Kanzlei Getnick & Getnick „Geld machen“, wie er Kofi Annan in einer E-Mail schrieb.

Denn die Jahre beim Strafgerichtshof waren entbehrungsreich für den Argentinier, der gern in schönen Hotels absteigt

und First Class fliegt. In Buenos Aires hatte er als Anwalt sehr gut verdient, als Chefankläger erhielt er ein Jahresgehalt von rund 200.000 Euro. Das habe nicht ausgereicht, klagt Ocampo in London. Für das Leben in Den Haag „musste ich meine Ersparnisse verwenden“.

Heute nehme er zwei Arten von Jobs an, erzählt er: Pro-bono-Fälle, also moralisch wertvolle, ehrenamtliche Mandate, und bezahlte Aufträge. Die normalen Klienten finanzierten die ehrenamtliche Arbeit, deshalb sei er „sehr teuer“.

Zu den Klienten, die ihn teuer bezahlen, gehörte ab 2015 der libysche Geschäftsmann Hassan Tatanaki.

Der Kontakt kam über eine Nichte Tatanakis zustande, die Ocampo durch ein Filmprojekt über Libyen kennengelernt hatte. „Für die Recherchen habe ich mit

meinem Onkel Hassan Tatanaki gesprochen. Er erwähnte, dass er sich angesichts der angespannten Lage in Libyen gern mit dir unterhalten würde, um über umfassendere Aktionen zu sprechen“, schrieb die Nichte an Ocampo.

Hassan Tatanaki ist ein bekannter Mann, nicht nur in Libyen. Neben Baufirmen und einem Fernsehsender betreibt er seit Anfang der Neunzigerjahre eine in der Steuer-oase Isle of Man registrierte Ölfirma. Bis zum Aufstand gehörte Tatanaki zum Zirkel um Gaddafi, unter anderem plante er gemeinsam mit Saif al-Islam ein Tourismusprojekt in der antiken Stadt Cyrene. In den USA zahlte Tatanaki viel Geld an eine PR-Firma, um Muammar al-Gaddafi Zugang zum Establishment zu verschaffen.

Dann, nach der Revolution, schlug sich Tatanaki auf die Seite von General Khalifa

gistriert war. Verwaltet wurde die Firma von Mossack Fonseca, jener Kanzlei, deren Offshoregeschäfte unter dem Namen „Panama Papers“ enthüllt wurden.

Yemana Trading besaß ein Firmenkonto bei der Genfer Filiale der Bank Crédit Agricole, wie aus E-Mails hervorgeht. Im Dezember 2009 wandte sich Ocampo an seinen Bankberater bei Crédit Agricole: „Ich würde gern einen direkten Weg finden, um im Januar Öl zu kaufen“, schrieb er. Doch der Banker winkte ab. Er solle lieber in Fonds investieren, so der Mitarbeiter.

Die beiden diskutierten noch ein anderes Thema. Die Jungferninseln hatten neue Regeln erlassen, die es Inhabern von Briefkastenfirmen ab 2010 erschwerten, anonym zu bleiben. Aus E-Mails geht hervor, dass Ocampo seine Offshoregeschäfte daraufhin verlagern wollte. Die Zeit drängte, die neuen Regeln sollten schon wenige Tage später in Kraft treten. „Wir haben bis zum 31. Dezember Zeit, die Angelegenheit zu

regeln“, schrieb der Bankberater am 18. Dezember. Er habe den Verantwortlichen für Yemana Trading bei Mossack Fonseca kontaktiert. Um die Firma aufzulösen, sollte Ocampo die „Originalzertifikate“ seiner Yemana-Aktien an Mossack Fonseca zurückschicken.

Ocampo bedankte sich und sah sich nach Ersatz um. „Ich spreche mit den Leuten von Fonseca, um eine Firma in Panama zu gründen“, schrieb er an seinen Banker. „Sie sagen mir, sie können es in 48 Stunden machen.“ Wie es aussieht, schloss Ocampo damals die Firma Yemana auf den Jungferninseln und stieg bei Tain Bay in Panama ein.

Bei dem Gespräch in London hat der SPIEGEL den Ex-Chefermittler mit allen drei Offshorefirmen konfrontiert: Yemana Trading, Tain Bay und Lucia. Ocampo bestreitet deren Existenz nicht. „Offshorefirmen sind nicht illegal“, sagt er und verweist auf das argentinische Bankensystem, wo die Einlagen der Sparer nicht sicher sind. „Ich musste mich

schützen, in einem Land, wo die Banken eines Tages beschlossen, dein Geld zu nehmen. Deswegen hatte ich mein Geld außerhalb von Argentinien.“

Ocampo bestreitet auf Nachfrage, dass seine Familie mit den Offshorefirmen Steuern hinterzogen habe. Er selbst habe in seiner Amtszeit seine Steuern in den Niederlanden bezahlt. Dem Strafgerichtshof habe er nichts von den Firmen gesagt, weil das Gericht „nie danach gefragt“ habe. Weshalb er versuchte, die Offshoregeschäfte geheim zu halten, beantwortete Ocampo wie folgt: „Sie präsentieren die Fakten, als hätte ich etwas falsch gemacht. Ich habe nichts falsch gemacht.“

Im Februar 2015 löste er Tain Bay in Panama auf. Seine Bankerin von Crédit Agricole fragte ihn, ob er nicht in Zukunft wieder die Dienste der Bank in Anspruch nehmen wolle. Ocampo antwortete, er wolle versuchen, „noch ein paar Millionen mehr zu machen“. Dann komme er zurück. Sven Becker